

Amerikanischer Globalismus

von Wilson bis Clinton

Von Dirk Bavendamm

Zu Beginn meines Vortrages über den amerikanischen Globalismus und die atlantische Revolution möchte ich Ihnen sagen, dass Ihre freundliche Einladung, vor der Münchner Winterakademie zu sprechen, für mich eine angenehme Überraschung darstellt, für die ich Ihnen sehr danke. Meine Anwesenheit zeigt, dass die von Arnulf Baring kürzlich im *Spiegel* getroffene Feststellung, Deutschland habe eine „unbegreifliche Schläfrigkeit“ befallen, doch nicht ganz zutrifft. Denn sonst hätten Sie nicht einen Historiker eingeladen, der in einer gewissen Opposition zum zeitgeschichtlichen Denken von heute steht.

Wie die Leser meiner Bücher unter Ihnen wissen, bin ich davon überzeugt, dass wir die geschichtliche Entwicklung in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, sofern sie in den beiden Weltkriegen gipfelte, nicht von Hitler oder Stalin her denken müssen, sondern von Franklin Delano Roosevelt. Weil er die USA für die vorhersehbare Zukunft an die Spitze der globalen Machtpyramide führte und dabei bis zu einem gewissen Grade auch manipulierte, war dieser Präsident die alle und alles beherrschende Zentralfigur seiner Zeit. Für diese öffentlich vertretene Auffassung bin ich zwar häufig und hart getadelt worden, weil sie jenem zeitgeschichtlichen Bild widerspricht, in dessen Mittelpunkt die „Mächte des Bösen“ als die allein Schuldigen für die heißen und kalten Kriege des 20. Jahrhunderts stehen. Doch bin ich von meiner Auffassung umso mehr überzeugt, je deutlicher diese Interpretation der Geschichte als moralisches Feigenblatt für die offenbar unstillbaren Macht-Ambitionen der letzten und einzigen Supermacht in unser Bewusstsein tritt.

„Amerikanischer Globalismus“ und „atlantische Revolution“ sind zwei Begriffe, die der Erklärung bedürfen. Was ist mit ihnen gemeint? Unter amerikanischem Globalismus ist jenes Konzept von Politik und Kriegführung zu verstehen, das für die USA seit dem Ersten Weltkrieg einen in geographischer, sachlicher und zeitlicher Hinsicht infiniten Machtanspruch erhebt. In meinen Roosevelt-Büchern habe ich dieses Konzept auch „egoistischer Globalismus“ genannt, weil es trotz aller altruistischen Rhetorik auch einen harten Kern amerikanischer Interessen enthält. Dieser Globalismus ist zwar älter als die atlantische Revolution. Diese wird aber von ihm seit zwei Menschenaltern dynamisch, schnell und außerordentlich nachhaltig in die Tiefe des atlantisch-europäischen Raumes vorgetragen. Wann diese revolutionäre Vorwärtsbewegung genau begann, darüber gehen die Meinungen einstweilen noch auseinander. Der Publizist Dan Diner legt den Zeitpunkt z.B. auf den Beginn des 20. Jahrhunderts. Diner fasst den Begriff auch weiter, wenn er schreibt, die atlantische Revolution habe „von jenseits des Atlantiks und von den westlichen Rändern Europas her“ ihren Ausgang genommen. Offensichtlich sind damit nicht nur Amerika, sondern auch Großbritannien und Frankreich gemeint.

Sicher kann man in den ideologischen Fundamenten der atlantischen Revolution gewisse Gemeinsamkeiten zwischen den drei Westmächten von heute wieder entdecken – z.B. die Menschen- und Bürgerrechte sowie das Prinzip der Volkssouveränität, neuerdings vielleicht auch, wie Diner meint, die „kulturell verinnerlichte Erinnerung an den Holocaust.“ Dennoch sollte man wichtige historische Unterschiede nicht verwischen. Der wichtigste Einwand besteht jedoch darin, dass der Sammelbegriff des „Westens“ erst aus der Zeit nach dem

Zweiten Weltkrieg stammt, als die atlantische Revolution ihre erste Etappe bereits siegreich beendet hatte.

Bis zu deren Beginn hatten Großbritannien und Frankreich zwei durchaus eigenständige europäische Großmächte verkörpert, die von den Vereinigten Staaten völlig unabhängig waren. Das heißt, sie waren von einem festen und dauerhaften Bündnis mit Amerika, das den Sammelbegriff des „Westens“ rechtfertigen würde, noch weit entfernt. Bis zu einem gewissen Grade widerstrebte es ihnen sogar, weil die beiden westeuropäischen Führungsmächte mit den Vereinigten Staaten eine Reihe von schwerwiegenden Konflikten hatten. Das gilt insbesondere für die dreißiger Jahre des 20. Jahrhunderts, als es um das Verhältnis zu den drei sog. Achsenmächten Deutschland, Italien und Japan ging.

Während der britische Premierminister Chamberlain und dessen französischer Amtskollege Daladier nach einer zumindest vorübergehenden Verständigung mit Hitler und Mussolini suchten, wollte der amerikanische Präsident die beiden Diktatoren gebieterisch vor die Alternative „Krieg oder Frieden“ stellen. Darüber kam es zu einem heftigen Streit zwischen London und Washington, der zugunsten der Vereinigten Staaten und damit auch zugunsten des Krieges entschieden wurde. Zuvor hatte Roosevelt den maßgebenden Politikern in London und Paris klargemacht, dass sie für den Fall eines Krieges sowohl die Sympathien der USA, als auch deren praktische Unterstützung in Form von Geld und Waffen verlieren würden, falls es zum Krieg mit Deutschland kam. Erst von dem Zeitpunkt an, zu dem sich Chamberlain und Daladier diesem Druck beugten und damit abhängig von den USA wurden, kann man im Vollsinn vom „Westen“ sprechen.

Auf Einzelheiten dieses dramatischen Augenblicks werde ich später noch etwas genauer eingehen. An dieser Stelle kommt es nur auf die Feststellung an, dass die atlantische Revolution auf das engste mit dem Ausscheiden Großbritanniens aus dem Kreis der selbständig agierenden europäischen Großmächte zusammenhängt. Solange dieses Land eine solche Macht gewesen war, beherrschte es nicht nur den Atlantischen Ozean. Es hielt auch die Vereinigten Staaten von Europa fern. Das heißt: Großbritannien stellte für Europa eine Art Schutzwall gegenüber dem amerikanischen Globalismus dar. In dem Augenblick aber, in dem es seine Herrschaft über den Atlantik an die Vereinigten Staaten verlor, nahm die atlantische Revolution ihren Lauf.

Wenn die atlantische Revolution etwas mit dem Abstieg Großbritanniens zur Mittelmacht zu tun hat, kann man auch umgekehrt sagen: Die Entstehung des amerikanischen Globalismus hängt mit dem Aufstieg Großbritanniens zur Weltmacht zusammen. Denn paradoxerweise gab das Vereinigte Königreich der amerikanischen Republik ein paar Gaben mit auf den Weg, die sich prägend auf die globale Ausweitung des amerikanischen Machtbereichs ausgewirkt haben.

Da ist zunächst die Verquickung von Geschäft und Politik. Sie kennzeichnet die amerikanische Politik bis heute. Bekanntlich wurden die 13 britischen Kolonien an der nordamerikanischen Ostküste nicht durch eine militärische Operation der Royal Navy und die Anlandung britischer Truppen gegründet, sondern durch koloniale Großunternehmer wie Humphrey Gilbert und Sir Walter Raleigh, Günstlinge am Hofe Königin Elisabeth I.. Gilbert erhielt 1578 das Recht, alles Land zwischen Labrador und Florida, das sich noch nicht im Besitz anderer Mächte befand, zu entdecken und in Besitz zu nehmen, um dort Siedlungen und ein Handelsmonopol zu errichten. Sir Walter Raleigh gründete 1585 im heutigen North Carolina die erste befestigte Siedlung, die Europäer jemals in Nordamerika begründet haben, und wurde erster Gouverneur von Virginia.

Da ist zweitens die religiöse Erhöhung dessen, was in der amerikanischen Politik praktisch geschieht – die *manifest destiny*, wie die Amerikaner sagen, die schicksalhafte, weil angeblich von Gott vorherbestimmte Sendung ihres Landes. Niemand anderes als ein anglikanischer Geistlicher namens Richard Haklyt hat sie in den letzten Jahren des 16. Jahrhunderts für alle Zeiten gültig vorformuliert. Haklyt meinte, Nordamerika sei nicht nur als Stützpunkt für die britische Flotte, als Absatzmarkt für britische Waren und als Rohstofflieferant des Mutterlandes geeignet. Seine Inbesitznahme diene vielmehr auch der Verbreitung des Evangeliums.

Da ist drittens die amerikanische Fähigkeit, das Völkerrecht jeweils so zu verändern, wie es am besten zu den eigenen Ideologien und Interessen passt, also die Fähigkeit, selbstbewusst neues Völkerrecht zu setzen. Bekanntlich hatte Columbus die Neue Welt, die er 1492 entdeckte, für Spanien nur symbolisch in Besitz genommen. Das heißt, es fehlten ihm die Schiffe, die Truppen und die Siedler, um den amerikanischen Doppelkontinent nachhaltig zu besetzen, gegen fremde Eindringlinge abzuschirmen und gegen diese notfalls auch mit Waffengewalt erfolgreich zu verteidigen. Dennoch besteht kein Zweifel daran, dass Spanien glaubte, einen völkerrechtswirksamen Anspruch auf ganz Amerika erworben zu haben. Insofern hatten die Engländer im Grunde gar kein Recht, Humphrey Gilbert und Sir Walter Raleigh nach Amerika zu entsenden und alles unbesetzte Land in Besitz zu nehmen. Denn Amerika gehörte ja symbolisch schon den Spaniern. Um ihre Landnahme dennoch zu rechtfertigen, legten sich die Engländer die Ansicht zu Recht, die Anerkennung völkerrechtswirksamer Ansprüche setze die faktische Inbesitznahme des betreffenden Landes voraus, und auf diese Art und Weise gelang es ihnen tatsächlich, Spanien den Besitz jener Kolonialgebiete streitig zu machen.

Imperialistische Konflikte

Schließlich wurden die 13 Kolonien auch mit dem britischen Imperialismus gesalbt. Denn Nordamerika wurde von Großbritannien deshalb besiedelt, weil sich London davon Vorteile in den Konflikten mit den anderen europäischen Großmächten Spanien und Portugal, den Niederlanden und Frankreich um die Weltherrschaft versprach. Außerdem waren die 13 Kolonien von Anbeginn an in die imperialistischen Konflikte der europäischen Mächte auf amerikanischem Boden verstrickt, das heißt: Sie hatten bestimmte Funktionen innerhalb der britischen Reichspolitik. Tatsächlich gilt die Inbesitznahme Neufundlands, die Humphrey Gilbert 1583 gelang, als Gründungsdatum des britischen Empires, und Sir Walter Raleigh errichtete die erste europäische Siedlung an einem Ort, von dem er annahm, dass er sich am besten für den Kaperkrieg gegen Spanien eigne. Bekanntlich wurde die spanische Armada fünf Jahre später von den Engländern besiegt, und die Niederländer und Franzosen wurden im Laufe der nächsten zwei Jahrhunderte von den Engländern weitgehend aus Nordamerika vertrieben.

Soviel zum britischen Erbe des amerikanischen Globalismus, ein Faktor, der oft vergessen wird, der ihn aber bis zu einem gewissen Grade vorgeformt hat. Als normative Kraft des Faktischen kommt nun aber noch die Expansion der Vereinigten Staaten von Amerika selbst hinzu. Dieser Vorgang setzte 1776 mit Gründung der USA ein, und er ist, wie es scheint, bis heute noch nicht abgeschlossen. Dabei ist mit „Expansion“ nicht notwendigerweise die Erweiterung des territorialen Besitzstandes gemeint. Vielmehr verfügen die USA seit geraumer Zeit über so vielfältige Mittel und Wege, ihre Macht und ihren Einfluss auszuweiten, dass Grenzen fast gar keine Rolle mehr spielen. Die Historiker haben versucht, diesem diffusen Sachverhalt durch allerlei Formulierungskünste beizukommen, indem sie z.B. den Begriff des „informal empires“ erfanden. Im Gegensatz etwa zum Deutschen Reich von

1871 hat dieses „informelle Reich“ keine festen, sondern bewegliche Grenzen. Es kann sich zusammenziehen und ausweiten, wie es die aktuelle politische Lage gerade verlangt. Es kann heutzutage sogar einen virtuellen Charakter annehmen, wie er z.B. in der Metapher von der „westlichen Wertegemeinschaft“ zum Ausdruck kommt.

Trotz aller Elastizität, Flexibilität und Volatilität des amerikanischen Reichsbegriffs besteht kein Zweifel daran, dass die einzelnen Präsidenten und Administrationen der Vereinigten Staaten, und damit zumeist auch die jeweilige Kongressmehrheit, stets ganz genau wussten, wie und bis wohin sie ihr Reich ausdehnen wollten und welche Zwischenschritte dafür nötig waren. Auch wenn dieser Eindruck von einer interessierten Historiographie manchmal verbreitet wird, lag Washington noch nie hinter dem Mond. Zwar gab es immer wieder scheinbar spontane oder „einsame“ Entschlüsse einzelner Präsidenten oder Minister, die zu einer Ausdehnung des US-Reichs führten, so bizarr sie auch im einzelnen gewesen sein mögen. Aber insgesamt sollte man den Politikern der Vereinigten Staaten nicht die Fähigkeit absprechen, den Machtbereich ihres Landes in den letzten 225 Jahren ebenso zielgerichtet auf globale Dimensionen auszudehnen und dafür auch das jeweils passende Rationale zu finden, wie es die europäischen Politiker vor ihnen getan haben. Alles andere würde der politischen Realität und im übrigen auch der menschlichen Natur widersprechen.

Schrilles Abenteuer

Bei den einsamen oder bizarren Entschlüssen ist z.B. an den Marineminister und späteren Präsidenten Theodore Roosevelt zu denken. Er verließ 1898 seine Dienststelle, um gemeinsam mit Freunden – den sog. „Rough Riders“ – den kubanischen Revolutionären die Herrschaft über die karibische Zuckerinsel zu entreißen. Auf den ersten Blick mutet diese Expedition wie das schrille Abenteuer eines Mannes an, den anscheinend nur der Wunsch beseelte, mit eigener Hand zu töten. Aber zweifellos verfolgte Roosevelt mit seiner spektakulären Tat nicht nur den innenpolitischen Zweck, sich selbst zum nationalen Heroen zu stilisieren. Er handelte auch im Interesse der US-amerikanischen Zuckerindustrie, die Kuba unter ihre Kontrolle bringen wollte. Nach Niederschlagung der Revolte wurde die Insel jedoch nicht einfach in den Staatsverband der USA einbezogen. Kuba blieb formal selbständig. Es musste jedoch eine Verfassung akzeptieren, die weitgehend den Wünschen Washingtons entsprach. Durch einseitigen Beschluss des Kongresses, dem sog. Platt Amendment, behielten sich die Vereinigten Staaten gewisse Rechte auf Kuba vor, u.a. das Recht, zum Schutz der kubanischen Unabhängigkeit jederzeit militärisch auf der Zuckerinsel intervenieren zu dürfen, mit anderen Worten: die kubanische Unabhängigkeit wieder aufzuheben. Erst die Revolution Fidel Castros und Ché Gueveras hat diesem im Grunde unwürdigen Zustand ein Ende gemacht.

Tatsächlich sind dem Erfindungsreichtum amerikanischer Politiker und Juristen offenbar keinerlei Grenzen gesetzt, wenn es um die Ausgestaltung des US-Reichs geht – gerade in diesem Punkt kommt das britische Erbe, das in der Fähigkeit besteht, aus eigener Machtvollkommenheit selbstbewusst neues Völkerrecht zu setzen, besonders gut zum Ausdruck. Ein erster Höhepunkt war zweifellos die Behandlung Puerto Ricos, das Spanien 1898 weggenommen wurde, und zwar als sog. Wiedergutmachung für die Kosten, die durch jenen Krieg gegen Spanien entstanden waren, den die USA selbst verursacht hatten. Puerto Rico wurde weder formal die Unabhängigkeit zugestanden wie Kuba, noch wurde es zu einem festen Bestandteil des amerikanischen Territoriums erklärt. Die Karibikinsel erhielt vielmehr den Status eines „unincorporated territory,“ was soviel heißt wie: Puerto Rico wurde ein Bestandteil der USA, ohne formell in deren Staatsverband eingegliedert zu werden.

Lehrreich ist auch die Geschichte des Panamakanals und der Kanalzone innerhalb dieses mittelamerikanischen Staates, die erst vor wenigen Wochen endete. Um den zur Erleichterung ihres Handels und zur Entfaltung ihrer Seemacht erforderlichen Durchstich durch den Isthmus zu erhalten, mussten die USA zunächst einen Vertrag mit Großbritannien brechen, der Washington und London zur gemeinsamen Entwicklung eines jeden Kanalprojektes in Mittelamerika verpflichtet hatte - was die Amerikaner übrigens nicht daran hinderte, mit den Briten sogleich wieder einen neuen Vertrag zu schließen. Alsdann musste Panama, bis dahin eine Provinz Kolumbiens, diesem Staat abspenstig gemacht werden, was durch eine Revolte und eine US-amerikanische Militärintervention in Panama geschah. Schließlich wurde dem für unabhängig erklärten Staat die Kanalzone abgekauft, natürlich wieder gegen das hochherzige Versprechen, für die Unabhängigkeit Panamas einzutreten, das durch die Kanalzone und die damit verbundenen Reservatrechte gerade in eine 100-jährige Abhängigkeit von den USA geraten war.

Alle diese Einzelheiten fügen sich dann sehr rasch zu einem geordneten Gesamtbild, wenn wir den bizarren Entschluss Theodore Roosevelts, auf Kuba eigenhändig das Gewehr in die Hand zu nehmen, die Wegnahme Puerto Ricos und die Gründung der unter amerikanischer Herrschaft stehenden Kanalzone in Panama von einem etwas höheren Blickwinkel aus betrachten. Dann nämlich ergibt sich im Endergebnis ein auf Europa gerichtetes strategisches Dreieck, das den USA zugleich die Chance eröffnete, das karibische Meer und damit auch die Landenge zwischen dem Atlantischen und dem Pazifischen Ozean zu beherrschen. Man müsste schon eine ganz gehörige Portion an Weltfremdheit mitbringen, um darin nicht das eigentliche, das strategische Ziel der Vereinigten Staaten zu erkennen, das Theodore Roosevelt und seinen Männern von vornherein vorgeschwebt hatte.

Insgesamt kann man sagen, dass den USA seit ihrer Gründung fast jedes Mittel recht war, um ihre Reich auszuweiten – vom Krieg über Annektionen und Revolutionen bis hin zu völkerrechtlichen Verträgen und allerlei Geldgeschäften. Blickt man auf die lange Kette bedeutender Gebietserwerbungen und Einflusserweiterungen, die dieser Staat in den ersten 90 Jahren seiner Unabhängigkeit zustandebrachte, kann man getrost vom expansivsten Staat der neueren Geschichte sprechen. In den ersten sieben Jahren, die zwischen ihrer Gründung und der Besiegelung ihrer Unabhängigkeit durch den ersten Frieden von Versailles liegen, eigneten sich die USA – von Ost nach West fortschreitend – zunächst alle ehemals britischen Gebiete westlich der Alleghennies an. Zwanzig Jahre später, 1803, erwarben sie durch Vertrag mit Frankreich das sog. „Louisiana“, ein riesiges Gebiet beiderseits des Mississippi, das sich vom Golf von Mexiko bis hinauf zur kanadischen Grenze erstreckte. Es ist deshalb nicht mit dem heutigen US-Bundesstaat Louisiana zu vergleichen. In den nächsten knapp fünfzig Jahren, bis 1848, wurde Mexiko durch Annexion und Krieg aus dem Südwesten des nordamerikanischen Kontinents vertrieben, und 1867 erwarben die Vereinigten Staaten schließlich Alaska von Russland.

Damit brachten die USA von 1776 bis 1867 ein Gebiet unter ihre Kontrolle, das – auf die Verhältnisse in Europa und Nordafrika übertragen - von der Westküste Spaniens bis zum Kaspischen Meer und vom Nordpol bis weit hinein in die Sahara reicht. Und was das Erstaunlichste ist: An den enormen Größenverhältnissen dieses Territoriums, das selbst das Römische Reich zum Zeitpunkt seiner größten Ausdehnung übertrifft, hat sich bis heute im Großen und Ganzen nichts verändert.

Dabei war die inneramerikanische Expansion kein quasi naturwüchsiger Prozess, den irgendwelche Siedler und Goldgräber wild vorangetrieben haben. Zwar eilte die Besiedlung zuweilen der Vergrößerung des US-amerikanischen Staatsgebietes voraus. Doch liegt des

Bemerkenswerte nicht so sehr in der Bildung immer neuer Bundesstaaten, die dem Hoheitsgebiet der USA zugeschlagen wurden, sondern in der Tatsache begründet, dass dieser Prozess in einer fast permanenten Auseinandersetzung mit den europäischen Großmächten England, Frankreich und Russland sowie mit dem inner-amerikanischen Nachbarn Mexiko stattfand. Da Mexiko von 1863 bis 1867 bekanntlich von einem Kaiser regiert wurde, der aus Österreich stammte, hatten es die USA - mit Ausnahme des Deutschen Reiches, das in Nordamerika keine territorialen Interessen verfolgte - praktisch mit der europäischen Pentarchie zu tun.

Schon von daher gesehen, beruht die oft gehörte Behauptung, die Vereinigten Staaten seien bis zu ihrem Eintritt in den Ersten bzw. Zweiten Weltkrieg „isolationistisch“ gewesen, auf schierer Illusion. Das Gegenteil ist richtig: Von ihrer Gründung bis zum Ersten Weltkrieg mischten die USA auf dem amerikanischen Doppelkontinent im europäischen Machtpoker kräftig mit, und nachdem sie die europäischen Mächte von dort vertrieben hatten, mischten sie sich auch immer stärker in außeramerikanische Konflikte ein.

Nachdem sich die USA über das ganze Gebiet von Neuengland bis nach Kalifornien ausgedehnt hatten, übten sie ihren weltpolitischen Einfluss zunächst in Asien aus – ihre „neue Grenze,“ wurde einfach immer weiter über den Pazifischen Ozean hinaus bis nach Ostasien verschoben. Dazu wieder ein paar Fakten und Jahreszahlen: In den vierziger Jahren des 19. Jahrhunderts tauchten die ersten amerikanischen Missionare, gefolgt von den Handelsleuten, in China auf. 1856 wurde Japan, bis dahin hermetisch gegenüber seiner Außenwelt abgeschlossen, zur Aufnahme von Handelsbeziehungen mit den USA gezwungen. 1898 wurde Spanien um die Philippinen erleichtert, und noch im gleichen Jahr wurde Hawaii annektiert. Zusammen mit insularem Streubesitz, den sie den europäischen Mächten abjagten, verfügten die USA am Ende des 19. Jahrhunderts in den Weiten des Pazifischen Ozeans über eine Reihe von festen Trittsteinen, über die sie sich an der ostasiatischen Gegenküste nachhaltig festsetzen konnten. Unter diesen Umständen war es im Grunde nur noch eine Frage der Zeit, bis sie auch an der westeuropäischen Gegenküste des Atlantischen Ozeans auftauchten.

Grundlegende Veränderungen

Genau das geschah im Verlauf der atlantischen Revolution. Unter „Revolution“ ist jene teils friedliche, teils gewaltsame, auf jeden Fall aber grundlegende Veränderung aller politischen, militärischen, wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und kulturellen Verhältnisse zu verstehen, die sich hier in den letzten siebenzig bis achtzig Jahren auf unserem Kontinent und in Großbritannien ereignet haben. Wenn wir Europäer unsere heutigen Lebensverhältnisse betrachten, war es wirklich eine Revolution. Das einzige, was die atlantische Revolution von anderen Revolutionen unterscheidet, ist die verhältnismäßig lange Dauer, die sie in Anspruch nahm. Tatsächlich begannen die Veränderungen zu Beginn des 20. Jahrhunderts, und sie sind bei Beginn des 21. Jahrhunderts, wie es scheint, noch lange nicht abgeschlossen. Das liegt nicht nur an der inneren Dynamik der US-amerikanischen Expansion, sondern auch daran, dass es sich beim eurasischen Kontinent um eine Gebilde ohne definierte Ostgrenze handelt. Deshalb ist es zumindest theoretisch denkbar, dass sich die USA am Ende - nach der Durchdringung Russlands und Chinas – in Ostasien selbst begegnen werden.

Wie jede Revolution wurde und wird auch die atlantische von einem Machtzentrum aus gesteuert, und das ist die US-amerikanische Ostküste. Hier wurde in den ersten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts jene globalistische Ideologie des liberal-demokratischen Internationalismus entwickelt, die der atlantischen Revolution zugrunde liegt. Um den

qualitativen Sprung vom Expansionismus zum Globalismus zu verstehen, müssen wir uns kurz der Monroe-Doktrin und Theodore Roosevelt zuwenden, der es nach seiner heroischen Selbstprofilierung auf Kuba 1901 tatsächlich schaffte, zum Präsidenten der Vereinigten Staaten gewählt zu werden.

Bekanntlich hatte einer seiner Amtsvorgänger 1884 eine geopolitische Doktrin verkündet, die es den europäischen Mächten verbot, sich in die inneren Angelegenheiten der „westlichen Hemisphäre“ einzumischen. Da die Welt bekanntlich nur aus zwei Hemisphären besteht, lief diese Doktrin also auf die Teilung der Welt in eine amerikanische und eine nicht-amerikanische Hälfte hinaus. Das ist der allgemein bekannte defensive Aspekt der Monroe-Doktrin. Weniger bekannt, aber nicht weniger wichtig ist dagegen die Tatsache, dass diese Doktrin schon Ende des 19. Jahrhunderts von den USA zunehmend offensiv interpretiert wurde, nämlich als Verpflichtung, die gesamte westliche Hemisphäre in politischer und wirtschaftlicher Hinsicht zu kontrollieren. Da die westliche Hemisphäre von den USA immer weiter in Richtung auf eine Gegend ausgedehnt wurde, die wir Europäer als „Fernen Osten“, die Amerikaner aber als „Fernen Westen“ bezeichnen, glich die Monroe Doktrin immer mehr einem expansionistischen Programm.

Aus dieser Entwicklung leitete Präsident Theodore Roosevelt zu Beginn des 20. Jahrhunderts für die USA das noch weiter gehende Recht ab, überall dort als „internationale Polizeimacht“ zu intervenieren, wo die Vereinigten Staaten entweder „durch die Ohnmacht anderer Staaten“ oder „durch flagrante Verstöße gegen die Gesetze der Zivilisation“ dazu herausgefordert wurden. Das war seiner Meinung nach insbesondere dann der Fall, wenn sich die USA in ihren Rechten verletzt fühlten. Dadurch erhielt die zunehmend expansionistisch interpretierte Monroe-Doktrin sowohl eine moralistische, als auch eine militaristische Dimension. Denn durch ihre Neuinterpretation sprach Roosevelt seinem Land, das er selbstverständlich für zivilisiert hielt, sowohl das Recht zu, im Namen der Moral überall in der Welt militärisch zu intervenieren, als auch das Recht, den Begriff der Zivilisation so zu definieren, wie es ihm passte, ein geradezu ungeheuerlicher Machtanspruch.

Durch den Aufbau einer Überseeflotte und einer militärischen Führungsstruktur eigneten sich die USA zudem die Machtmittel an, mit denen sie ihre Ansprüche jederzeit und überall in der Welt praktisch einlösen konnten. Tatsächlich intervenierten sie von 1898 bis 1920 nicht weniger als zwanzig Mal allein in Lateinamerika. 1905 schlichteten die USA – übrigens auf Einladung der europäischen Mächte - den japanisch-russischen Krieg, und in der Ersten Marokko-Krise von 1906 griffen die Vereinigten Staaten sogar zum ersten Mal direkt in die europäische Machtpolitik ein, indem sie Frankreich in Nordwestafrika gegenüber Deutschland den Vortritt ließen, weil dies ihren Interessen mehr entsprach.

Durch eine geschickte Mischung aus Geschäft und Politik, militärischer Intervention und Diplomatie hatte Theodore Roosevelt in geistiger und materieller Hinsicht wichtige Voraussetzungen für den Eintritt seines Landes in den Ersten Weltkrieg geschaffen. Doch blieb es Woodrow Wilson in den Jahren 1914 bis 1917 überlassen, diesen Schritt auch praktisch zu tun. Tatsächlich fand dieser amerikanische Präsident in Gestalt eines Dekaloges von „Vierzehn Punkten“ erstmals eine einigermaßen feste Form für den globalistischen Machtanspruch, den die USA jetzt auch in ideologischer Hinsicht erhoben. Einen wichtigen Einfluss auf dieses Ereignis, das man mit Fug und Recht als historische Wende bezeichnen kann, hatte jedoch auch die russische Oktoberrevolution. In der Tat bildete sich Wilsons liberal-demokratischer Internationalismus in der aktiven Auseinandersetzung mit den alten Autokratien Europas und mit dem marxistisch-leninistischen Internationalismus Russlands

heraus. Als ideologisches Gegenmodell gegen das eine wie das andere wurde der liberal-demokratische Internationalismus zum Motor der atlantischen Revolution.

In den beiden ersten Jahren des Ersten Weltkriegs hatte Wilson noch versucht, sowohl gegenüber der Entente, als auch gegenüber den Mittelmächten neutral zu bleiben und gleichzeitig die wirtschaftlichen und finanziellen Interessen der USA zu vertreten. Dies war freilich deshalb kein viel versprechender Politikansatz, weil sich beides angesichts der Tatsache, wie sich Dinge wirklich entwickelten, auf die Dauer nicht miteinander vereinbaren ließ. Abgesehen davon, dass ihn seine pro-britischen Berater auch in diese Richtung schoben, wurde Präsident Wilson 1915/16 durch die zunehmende Verflechtung zwischen den Banken und der Rüstungsindustrie seines Landes einerseits und der britisch-französischen Kriegswirtschaft andererseits zu einer immer weniger neutralen Haltung gedrängt. Die Macht der kriegerischen Verhältnisse war einfach stärker als seine ursprüngliche Politik.

Um dennoch den Anschein eines amerikanischen Friedensrichters zu wahren, der über den europäischen Kriegsparteien stand, entwickelte Wilson eine übergreifende Ideologie, die beide Seiten wenigstens auf dem Papier gleichermaßen traf, die Mittelmächte ebenso wie die Entente. Zweifellos wollte der Präsident die Welt durch die Teilnahme seines Landes am Krieg vor allem demokratisieren, ein Anspruch, der sich vor allem gegen die Mittelmächte richtete, damals noch ausnahmslos autokratisch geführte Monarchien. Gleichzeitig richteten sich seine Forderungen nach Selbstbestimmung und nach Freiheit der Meere aber auch gegen Großbritannien und Frankreich, die große Kolonialreiche besaßen sowie weite Teile der Meere und damit auch des Welthandels beherrschten.

Wilson formulierte die ideologischen Eckwerte des liberal-demokratischen Internationalismus - Demokratie, freie Märkte und die Befreiung der farbigen Völker von der Kolonialherrschaft - ausdrücklich als „amerikanische Prinzipien.“ Aber ihm war sicher nicht entgangen, dass sich diese Prinzipien auch mit den amerikanischen Interessen in Einklang bringen ließen. Denn eine so starke Macht wie die USA spielt ihre Trümpfe am besten in einer offenen Welt ohne Grenzen aus, die sie sich nach ihrem eigenen Bilde schafft. Faktisch verkündete Wilson seine „Vierzehn Punkte“ aber erst am 8. Januar 1918, als ihn die Machtergreifung der bolschewistischen Revolutionäre, das Ausscheiden Russlands aus dem Krieg und die damit einhergehende Gefahr einer kommunistischen Revolution im kriegsmüden Europa dazu zwangen, ein ideologisch eindeutiges Signal zugunsten der liberal-demokratischen Werte zu geben. Insofern hatte der Präsident seine „Vierzehn Punkte“, die er dem Frieden zugrundelegen wollte, auch gegen das bolschewistische Russland gerichtet.

Mangelhafte Vorbereitung

Zweifellos war sich Wilson bewusst, dass keine der europäischen Mächte bereit sein würde, sich ohne weiteres dem amerikanischen Gestaltungsanspruch zu unterwerfen. Bei den Friedensverhandlungen schlug er deshalb 1919 in Paris die Bildung eines Völkerbundes vor, der in der Weltpolitik die notwendigen Anpassungen unter US-amerikanischer Führung vornehmen sollte. In der Sache hatte sich der Präsident nur mangelhaft auf diese Verhandlungen vorbereitet. Er hoffte wohl, sich auf Grund seiner persönlichen Aura gegen die anderen Mächte durchzusetzen. Tatsächlich war Wilson damals wohl „das populärste und mächtigste Individuum der Welt,“ wie Walter LaFeber in seinem Buch „The American Age“ schreibt.

Aber bekanntlich nützte ihm das alles nichts. Durch die republikanische Mehrheit im Kongress geschwächt, musste der Präsident bei vielen seiner ideologischen Eckwerte unter

französischem Druck bedauerliche Kompromisse machen. Das betraf vor allem die territorialen Regelungen des Versailler Vertrages, die bekanntlich in vielfacher Hinsicht gegen das von Wilson proklamierte Recht auf Selbstbestimmung verstießen, aber auch die Freiheit der Meere, die von Großbritannien nicht anerkannt wurde. Weil sie infolgedessen befürchteten, in endlose europäische Händel hineingezogen zu werden, ohne ihrer Herr werden zu können, unterzeichneten die USA weder den Versailler Vertrag, noch traten sie der in ihm enthaltenen Völkerbundssatzung bei, und damit hing die globale Sicherheitsarchitektur in der Luft, die sich eigentlich auf ein amerikanisch-französisches Bündnis stützen sollte. Denn keine der westeuropäischen Mächte hatte die Kraft, die in sich nicht mehr stimmige Friedensregelung auf eigene Faust gegen Widerstände durchzusetzen.

Trotz seines persönlichen Scheiterns hatte Präsident Wilson die USA aber bereits zu Beginn der zwanziger Jahre in die oberen Ränge der globalen Machtpyramide geführt. Großbritannien und Frankreich, die beiden führenden Mächte Westeuropas, waren seit dem Ersten Weltkrieg in Amerika hoch verschuldet, Niederlage und Revolution hatten die beiden führenden Kontinentalmächte Deutschland und Russland für längere Zeit aus dem Kreis der Groß- und Weltmächte ausgeschlossen, und Japan, das an der Seite der Entente am Krieg teilgenommen hatte, war noch lange nicht das, was es später war. Dagegen befanden sich die USA in einer äußerst vorteilhaften Stellung, von der aus sie wirklich nach der Weltmacht greifen konnten: Durch die beiden Ozeane vor jedem Angriff revisionistischer Mächte geschützt, verfügten sie über den größten und am höchsten entwickelten Wirtschafts- und Währungsraum der Welt, in dem sich maximale Geschäfte machen lassen. Vor allem aber standen sie dadurch, dass sie während des Ersten Weltkrieges für Freiheit, Selbstbestimmung und internationale Zusammenarbeit eingetreten waren, anstatt wie die europäischen Mächte in kriegerischer Manier nach einer Vergrößerung ihrer territorialen Besitztümer zu streben, in dem sympathischen Ruf, eine selbstlose, friedliche und letztlich nur für das globale Gemeinwohl zu den Waffen greifende Macht zu sein. Das heißt, ihr Ansehen hatte das aller europäischen Mächte übertroffen. Dadurch übten USA von nun an eine globale Imagehegemonie aus, im Zeitalter der Massenmedien entscheidende Voraussetzung für die Durchsetzung eines globalen Machtanspruchs.

Das einzige, was den Vereinigten Staaten noch fehlte, war der überparteiliche Wille im Kongress, den glänzenden Status des Landes durch vertragliche Bindungen an andere Mächte politisch und militärisch auf Dauer abzusichern, und zwar so, wie es am besten zu den amerikanischen Interessen passt. Alle Voraussetzungen waren dafür gegeben, wenn man bedenkt, dass dem Aufstieg der USA zur Supermacht der Abstieg Großbritanniens und auch Frankreichs wie in einem System kommunizierender Röhren entsprach. Da Frankreich seit der amerikanischen Weigerung, sich sicherheitspolitisch in Europa zu engagieren, abhängig von Großbritannien war, beschränken wir uns hier um der größeren Übersichtlichkeit willen auf den britischen Aspekt.

Bei der Eisen- und Stahlproduktion sowie beim Energieverbrauch, seit jeher wichtige Indikatoren für Industrialisierung und militärische Stärke, stand Großbritannien 1920 nur noch auf Platz 2 hinter den Vereinigten Staaten von Amerika. Im weltweiten Vergleich der Industriepotentiale war es 1928 insgesamt sogar auf Platz 3 – hinter den USA und Deutschland – abgesackt. Bereits 1914 war das US-amerikanische Volkseinkommen dreimal so hoch wie das britische gewesen, und schon 1902 hatte der britische Journalist William T. Stead vor einer „Amerikanisierung der Welt“ gewarnt. Zu Recht stellt Paul Kennedy in seinem Buch über den „Aufstieg und Fall der großen Mächte“ fest: „Die für die Zukunft entscheidende Veränderung des globalen Machtgefüges im späten 19. und im frühen 20. Jahrhundert war ohne Zweifel der Aufstieg der Vereinigten Staaten.“

Eine akute Sandwich-Situation

Die Verdrängung von der Spitze der globalen Machtpyramide durch die USA wurde für Großbritannien in den dreißiger Jahren des 20. Jahrhunderts aus folgendem Grunde zu einem sicherheitspolitischen Problem: An drei Stellen des britischen Weltreiches zugleich tauchten plötzlich revisionistische Mächte auf, die energisch auf Änderungen an der unter Wilsons Mithilfe gefundenen Friedensordnung bestanden. Das waren bekanntlich (1) Deutschland in Mitteleuropa, vis à vis dem britischen Mutterland, (2) Italien im Mittelmeerraum, durch den die Lebensader des britischen Weltreiches von Gibraltar über Suez bis nach Indien und Australien lief, sowie (3) Japan in Ostasien, wo sich die britische Herrschaft über Hinterindien und den westlichen Pazifik vor allem auf Singapur stützte. Einerseits von den USA, andererseits von den Achsenmächten bedrängt, geriet Großbritannien dadurch in eine akute Sandwich-Situation. Aus dieser problematischen Lage versuchte sich der britische Premierminister Chamberlain zunächst durch eine Politik des „sowohl-als-auch“ zu befreien: Auf der einen Seite verhandelte er mit den USA im Sinne der amerikanischen Forderung nach freien Märkten über einen neuen Handelsvertrag und andere Elemente der bilateralen Beziehungen. Auf der anderen versuchte er, mit Hitler und Mussolini zu einer Verständigung über regionale Regelungen in Ostmitteleuropa, dem Mittelmeer und Ostafrika zu gelangen. Wahrscheinlich hätte Chamberlain mit diesen bilateralen Verständigungsversuchen am Ende auch Erfolg gehabt, wäre Großbritannien damals noch in der Lage gewesen, im Falle eines Falles gegen die Achsenmächte siegreich Krieg zu führen. Doch hatte der Erste Weltkrieg bereits das Gegenteil bewiesen. Mehr noch: Der Erste Weltkrieg hatte bewiesen, dass Großbritannien für jeden größeren Krieg, den es gewinnen wollte, auf die Unterstützung der USA angewiesen war.

Insofern war Hitlers Angebot, den Bestand des britischen Weltreiches zu garantieren, falls Großbritannien ihm freie Hand bei der Realisierung seiner osteuropäischen Lebensraumpläne ließ, bis zu einem gewissen Grade sicher auf Sand gebaut. Kein britischer Premierminister konnte riskieren, dass Deutschland über kurz oder lang in die Lage versetzt wurde, das britische Mutterland anzugreifen, ohne dadurch wie im Ersten Weltkrieg automatisch seine Ernährungs- und Rohstoffbasis einzubüßen, die es dann ja in Polen und Russland finden würde. Dieser Gefahr hätte sich Chamberlain sicher nicht ausgesetzt. Deshalb muss man die realen Chancen für eine dauerhafte Verständigung zwischen Hitler und Chamberlain mit einer gewissen Skepsis betrachten. Vielleicht wäre den beiden Politikern in der konkreten Entscheidungssituation des Jahres 1938/39 aber wenigstens ein modus vivendi gelungen, was den Kriegsausbruch zwischen Großbritannien und Deutschland um einige Jahre verschoben hätte. Da jeder verschobene Krieg ein auf Zeit verhinderter Krieg ist, hätte der Zweite Weltkrieg so vielleicht niemals stattgefunden.

Die Tatsache, dass er stattfand, hängt nicht nur mit der Politik Hitlers und Chamberlains, sie hängt auch mit dem amerikanischen Globalismus zusammen. Denn eine Verständigung zwischen den vier führenden Mächten Europas, wie sie 1938 zwischen Deutschland, Großbritannien, Frankreich und Italien erstmals in München zustande kam, beschwor akute Gefahren für den Supermacht-Status der USA herauf. So sah es jedenfalls der amerikanische Präsident Franklin Delano Roosevelt. Durch seine Drohung, Großbritannien werde anderenfalls mit den Sympathien der Vereinigten Staaten auch jede wirtschaftliche und militärische Unterstützung verlieren, wenn es eines Tages doch noch zum Krieg mit Deutschland kommen sollte, wurde Chamberlain 1938/39 von Roosevelt und seinen Verbündeten in London um Churchill genötigt, seine in München ausgegebene Parole „Friede für unsere Zeit“ zu widerrufen, die Aufrüstung Großbritanniens und damit auch dessen Rüstungskäufe in den USA zu forcieren, gegenüber Frankreich und Belgien

sicherheitspolitische Bindungen einzugehen und schließlich die Unabhängigkeit erst Hollands und der Schweiz, dann Polens und Rumäniens zu garantieren, obwohl Großbritannien weder in der Lage noch willens war, militärisch wirksam in Ostmitteleuropa einzugreifen. Die ganze Operation war lediglich auf die Verhinderung einer europäischen Blockbildung und einen möglichst frühzeitigen Kriegsausbruch angelegt, bevor Hitler den erst für 1943 geplanten Aufbau seiner Wehrmacht beendet hatte.

Der Zweite Weltkrieg besiegelte endgültig den Aufstieg der USA zur Supermacht und den Abstieg Großbritanniens zur Mittelmacht, Voraussetzung für die atlantische Revolution. Zunächst dehnte Roosevelt die westliche Hemisphäre in militärischer Hinsicht immer weiter nach Osten aus, bis sie 1941 auf der Linie Island – Azoren – Kapverdische Inseln lag. Damit zugleich rückte das Sternenbanner immer weiter in den Atlantischen Ozean vor, den Großbritanniens 200 Jahre lang als *mare nostrum* behauptet hatte. Nach dem Sieg über die deutschen U-Boote hatten die Vereinigten Staaten 1943 nach Europa freie Bahn. Denn der Sieg über Hitler beseitigte auch jenen Schutzwall, den Großbritannien bis dahin gebildet hatte.

In ideologischer Hinsicht war Franklin Delano Roosevelt, der diese historische Entwicklung maßgeblich gestaltet hat, der gelehrige Schüler Woodrow Wilsons. Auch er hielt die Eckwerte des liberal-demokratischen Internationalismus hoch, soweit sie im Einklang mit den amerikanischen Interessen standen. Auch er pflegte die amerikanische Imagehegemonie. Auch er war der populärste Politiker seiner Zeit. Im Unterschied zu Wilson hatte sich Roosevelt jedoch nie um eine neutrale Haltung gegenüber den beiden Kriegsparteien bemüht. Im Gegenteil: Er bemühte sich, gegenüber den Achsenmächten schon lange vor Ausbruch der militärischen Feindseligkeit so unneutral wie nur möglich zu sein. Dahinter stand ein diskriminierende Kriegsbegriff, dem Roosevelt seit 1937 zum internationalen Durchbruch verhalf. Danach repräsentierten die Achsenmächte nur noch kriminelle „Gangster-Nationen“ (Roosevelt), die praktisch außerhalb der Völkerrechtsordnung standen. Mit solchen Nationen konnte es allein schon deshalb keinen Frieden mehr von gleich zu gleich geben, weil sie nicht den Normen des liberal-demokratischen Internationalismus entsprachen. Für sie gab es nur noch die bedingungslose Kapitulation.

Im Unterschied zu Wilson formulierte Roosevelt auch erstmals ein in sich schlüssiges Konzept von Politik und Kriegführung, das im Grunde bis heute als Blaupause des amerikanischen Globalismus volle Gültigkeit hat. Es erlaubt jederzeit den gleitenden Übergang vom Einsatz politischer und wirtschaftlicher Waffen zum Einsatz militärischer Mittel gegen sog. „Schurken-Staaten,“ ohne dass die Vereinigten Staaten dafür – etwa durch eine Kriegserklärung - formell in einen Krieg eintreten müssen, wie es früher unter den europäischen Mächten üblich war. Bei geschickter Handhabung können die USA deshalb nie wegen eines Angriffskrieges angeklagt werden.

Von der Umwelt isoliert

Dieses Konzept beruht im Kern auf der „Quarantäne“, die Roosevelt erstmals 1937 in seiner bekannten Quarantäne-Rede gegen die Achsenmächte ausgerufen hat. Seither werden diejenigen Staaten und Völker, deren innere Ordnung und/oder nach außen wirksames Betragen in signifikanter Art und Weise den amerikanischen Normen und Interessen widersprechen, wie einst die Ketzer vom Papst vom Bannstrahl des liberal-demokratischen Internationalismus getroffen. Anschließend werden sie wie hoch ansteckende Kranke in jeder Hinsicht strengstens von ihrer Umwelt isoliert, bis sie in ihrer Verzweiflung selbst zu den

Waffen greifen. Nicht ohne Grund bezeichnete Roosevelt deshalb sein Konzept einmal plastisch „Krieg haben, ohne ihn zu machen.“

Anders als Wilson gelang es Roosevelt schließlich auch mit List und Tücke, den amerikanischen Kongress auf die Übernahme einer vertraglichen, auf Dauer angelegten und vor dem Einsatz militärischer Machtmittel nicht mehr zurückschreckenden Führungsrolle in den Vereinten Nationen zu verpflichten, wie er den maßgeblich von ihm reformierten Völkerbund genannt hat. Zentren dieser Weltorganisation, die den Weltfrieden notfalls durch Weltkrieg sichert, sind einerseits der Sicherheitsrat, in dem die USA und deren frühere Hauptverbündete Großbritannien, Frankreich, Russland und China bis heute allein Sitz und Stimme haben. Andererseits sind es die Weltbank und der Internationale Währungsfonds, deren Richtlinien und Praxis seit 1945 von der wirtschafts- und finanzpolitischen Übermacht der USA bestimmt werden. Der völkerrechtliche Paria-Status der früheren Achsenmächte wurde in sog. Feindstaatenklauseln bis auf den heutigen Tag verewigt.

Roosevelts Konzept von Politik und Kriegführung hatte den unschätzbaren Vorteil, dass es sich von seinen Nachfolgern nach dem Sieg Amerikas über die europäischen Mächte mühelos auf den Konflikt mit der Sowjetunion übertragen ließ – und zwar von allen Präsidenten, ganz gleich ob sie wie Eisenhower, Nixon, Reagan, Ford und Bush der Republikanischen oder wie Truman, Kennedy, Johnson und Carter der Demokratischen Partei angehörten. Über dieses Konzept gibt es bis heute einen zwischen den beiden Parteien nicht mehr diskutierten, fast sakrosankten Konsens in der amerikanischen Innenpolitik, der auch unter den europäischen Verbündeten Amerikas zunehmende Anerkennung gefunden hat. Anders als zu Roosevelts Zeiten muss sich dieses Konzept von Politik und Kriegführung heute jedoch nicht mehr unbedingt nur auf Druck, Drohung und im Grunde verantwortungslos zusammengesetzte Garantien für irgendwelche Frontstaaten stützen. Es ruht vielmehr für unabsehbare Zeit auf einem System fest vereinbarter Allianzen, Verträge, Partnerschaften und anderen Konstrukte amerikanischer Experten, das den Globus in zunehmender Dichte wie ein glänzendes Geschmeide umfängt – von der NATO im Westen bis zum ANZUS-Pakt im Osten. Nach dem Untergang der europäischen Kolonialreiche hat die Supermacht USA fast überall die politische, wirtschaftliche, militärische, aber auch die emotionale und intellektuelle Führerschaft der Welt angetreten. In Anerkennung dieser Führerschaft ist Europa z.Zt. sogar dabei, das Modell der amerikanischen Union in Form der Europäischen Union zu übernehmen.

Zur Erleichterung der ganzen Menschheit funktionierte Roosevelts Konzept im Kalten Krieg gegen die Sowjetunion, ohne dass es zum heißen Krieg zwischen den beiden Supermächten gekommen ist, obwohl beide Seiten ein beispielloses Arsenal von nuklearen und konventionellen Waffen aufgehäuft hatten. Erfreulicherweise befanden sich die sowjetischen Führer subjektiv und objektiv im Besitz ausreichender Spielräume, die es ihnen fünf Jahrzehnte lang erlaubten, dem Griff der USA nach der Weltmacht standzuhalten, ohne dass sie darüber in eine unkontrollierbare Panik gerieten. Als Gorbatschow schließlich einsah, dass er am Ende war, besaß er zu alledem die Weisheit und Größe, einfach aufzugeben. Das heißt, im Unterschied zu Hitler vermied er es, zu den Waffen zu greifen. Dennoch ist, wie das Beispiel Jugoslawien zeigt, die Gefahr neuer schrecklicher Kriege und Völkermorde noch lange nicht gebannt, während die USA keinerlei Anstalten machen, von ihrem aggressiven Globalismus abzulassen.

Tatsächlich sind dafür weit und breit keinerlei Anzeichen zu sehen, im Gegenteil: Es mehren sich die Symptome, die eine weitere Steigerung erwarten lassen. Russland - einst Antipode der Vereinigten Staaten, Supermacht und Blockvormacht – ist heute nur noch ein Staat in

einer Gemeinschaft voneinander unabhängiger Staaten, in die sich die frühere Sowjetunion aufgelöst hat. Es hat nach dem Ende des Warschauer Paktes sein westliches Glacis verloren und zappelt an der goldenen Leine westlicher Kredite. Mühsam um seine seelische Fassung ringend, muss Russland hilflos mit ansehen, wie Washington die Loslösung Georgiens und Aserbeidschans von Moskau zum „überragenden Ziel amerikanischer Außenpolitik“ erklärt (*Spiegel*, Nr. 2 v. 10.01.2000, S. 116 unter Berufung auf Zbigniew Brzezinski). Durch den vom Westen bereits beschlossenen Bau einer Pipeline von Tiflis nach Ceyhan in der Türkei, wird es binnen kurzem seinen wichtigsten geopolitischen Trumpf in dieser strategisch wichtigen Region verlieren. Weil Russland versucht, den Abfall der kaukasischen Staaten mit Gewalt zu verhindern, wird es vom Westen in den Anklagezustand versetzt.

In Anbetracht dieser Entwicklung müssten die USA schon ein unmenschliches Maß an Selbstbeherrschung aufbringen, um nicht völlig abzuheben. Doch ist eher das Gegenteil der Fall: Durch ihre beispiellosen Erfolge der letzten zweihundert Jahre motiviert, beginnt sich in den Vereinigten Staaten von Amerika der Glaube festzusetzen, sich in einem unauflöslichen Bündnis mit der menschlichen Geschichte zu befinden oder sogar deren metaphysischen Sinn zu vollstrecken, als hätte der liebe Gott das Schicksal der übrigen Menschheit in die Hand der Amerikaner gelegt. Nichts anderes meinte der US-amerikanische Historiker Francis Fukuyama, als er vor einigen Jahren vom „Ende der Geschichte“ sprach. Eine Macht aber, die sich im Einklang mit der Geschichte wähnt, schwebt stets in Gefahr, die überraschende Wechselfälle der Geschichte zu vergessen. Bisher ist es jedenfalls noch keiner Macht der Welt gelungen, ihren Fortbestand bis in alle Ewigkeit zu verlängern, mochte sie sich ihrer selbst auch noch so sicher sein.

Bevor aber den Vereinigten Staaten ihr an Überheblichkeit grenzendes Selbstbewusstsein zum Verhängnis werden könnte, gibt es noch eine Reihe von anderen Problemen, die in Zukunft von ihnen zu bewältigen sind – und von diesen ist die Gefahr, dass die atlantische Revolution ihre Väter frisst, nicht die geringste. Wenn man Wilson und Roosevelt für diese Väter hält, könnte man sagen: Sie haben den Siegeszug der atlantischen Revolution vor dem Hintergrund des bolschewistischen Russlands und des nationalsozialistischen Deutschlands gestartet, zwei totalitäre Regimes, die in den Augen vieler Menschen die Abscheu der ganzen Menschheit verdienen. Von diesem düsteren Hintergrund hoben sich die Werte des liberal-demokratischen Internationalismus wie verlockend funkelnde Sterne ab, in denen sich die Hoffnungen aller unterdrückten Menschen und Völker auf Freiheit, Gerechtigkeit und Wohlstand widerspiegelten. Seit es den Hintergrund totalitärer Großsysteme jedoch nicht mehr gibt, ist eine ganz neue Situation entstanden. In ihr werden die von den Vereinigten Staaten vertretenen Prinzipien eines Tages mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit so oder so ihren Glanz verlieren.

Unüberschaubare Tumulte

Dieses epochale Ereignis wird umso eher eintreten, je tiefer sich die Vereinigten Staaten von Amerika in die unüberschaubaren Tumulte im weichen Unterleib des europäischen Kontinents zwischen Balkan, Israel und Kaspischem Meer verstricken. Schon im Kosovo stand Clinton vor der im Grunde unmöglichen Wahl, sich entweder für die Souveränität der Republik Jugoslawien oder für die Menschenrechte entscheiden zu müssen. Den daraus resultierenden Konflikt konnte der Präsident nur noch notdürftig lösen, dass er darauf verzichtete, für die „humanitäre Intervention“ der NATO ein UN-Mandat einzuholen, nach Meinung fachkundiger Beobachter ein flagranter Bruch geltenden Völkerrechts. Wo Wilson einst am Widerstand der europäischen Großmächte gescheitert war, versuchte damit einer seiner Nachfolger, das Knäuel der Konflikte unilateral zu entwirren. Mit anderen Worten:

Clinton nahm Abschied von der kollektiven Sicherheit, seit den zwanziger Jahren tragendes Element des amerikanischen Globalismus.

Je tiefer sich die USA in die balkanischen, nahöstlichen oder eines Tages vielleicht sogar in die kaukasischen Konflikte verstricken, desto mehr wird sich deshalb die Frage stellen, ob die Vereinigten Staaten mit Roosevelts Konzept von Politik und Kriegführung überhaupt noch das geeignete Instrument für die Weiterentwicklung des amerikanischen Globalismus haben oder ob sie nicht ganz neuer Konzepte bedürfen. In Anbetracht des nationalsozialistischen Deutschlands und der Sowjetunion – zwei europäischen Mächten von großer Kraft, die sich anschickten, den ganzen Kontinent zu erobern – konnten der Präsident und seine Nachfolger noch den Anschein erwecken, die Weltherrschaft Hitlers oder Stalins stehe kurz bevor. Die Projektion eines ähnlichen Schreckensszenarios gelang auch im Falle des Korea-Krieges gegenüber China. Selbst im abgelegenen Vietnam wurde anscheinend noch für die Rettung der Welt vor dem Kommunismus gekämpft. Seit es die USA aber nur noch mit sekundären Potentaten wie Ghaddafi, Saddam Hussein oder Milosevic als offen auftretenden Widersachern zu tun haben, können sie der Weltöffentlichkeit eine vergleichbare Gefahr nur noch mit Mühe glaubhaft machen.

Das bisher praktizierte Konzept des amerikanischen Globalismus besteht im Prinzip darin, irgendwo in der Welt einen ernstzunehmenden Widersacher als Schurken auszumachen, ihn solange zu isolieren, bis er zu den Waffen greift, und ihn dann durch einen globalen Koalitionskrieg zur bedingungslosen Kapitulation zu zwingen. Das hat schon im Falle Saddam Husseins und Milosevic nicht funktioniert, und es kann auch deshalb nicht immer funktionieren, weil bei unübersichtlichen Konflikten wie dem zwischen Russland und Tschetschenien der Schurke nie ganz genau auszumachen ist. Möglicherweise gibt es Schurken auf beiden Seiten. Je weniger jedoch das Quarantäne-Konzept funktioniert, desto weniger funktionieren auch die übrigen Instrumente, die auf ihm fußen, und desto mehr müssen die Vereinigten Staaten auf die Mittel der europäischen Kabinettpolitik und Geheimdiplomatie zurückgreifen, die Wilson und Roosevelt einst verurteilt hatten. Und je mehr sich die USA dieser Mittel bedienen, desto weniger werden sie sich von den alten imperialistischen Welt- und Großmächten Europas unterscheiden. Auf diese Art und Weise werden sie langsam aber sicher ihre Imagehegemonie verlieren.

Kommen wir zum Schluss. In einem beispiellosen Siegeslauf ist es dem amerikanischen Globalismus gelungen, nicht nur das informelle Reich der USA, sondern auch dessen Lebensgesetze praktisch auf die ganze Welt zu übertragen. Von Afrika über Asien bis hin nach Europa gibt es heute praktisch niemand mehr auf dieser Erde, der im Grunde nicht so wie die Amerikaner leben will – genauso frei, genauso schön, genau so reich. Nach dem Zusammenbruch der bipolaren Welt ist es den USA gelungen, die NATO und die Europäische Union zu überreden, sich weiter nach Osten auszudehnen und sogar die Türkei, neben Israel der wichtigste Klientelstaat im Südosten des nordatlantischen Verteidigungsbündnisses, wider alle Vernunft in die Reihen der EU aufzunehmen. Mit jedem dieser Schritte, den der amerikanische Globalismus unternimmt, wächst allerdings auch die Gefahr, dass die Vereinigten Staaten mit ihrem z.T. veralteten Konzept von Politik und Kriegführung in Konflikte mit dem nachkommunistischen Russland und eines Tages sogar mit China geraten.

Während ein Vordenker des amerikanischen Globalismus, Zbigniew Brzezinski, den amtierenden Präsidenten Russlands bereits des „Völkermordes“ in Tschetschenien bezichtigte und vor einem zweiten Pinochet oder Milosevic in der Gestalt Putins warnte - untrügliches Zeichen dafür, dass sich maßgebliche Kreise der USA schon wieder für eine neue Quarantäne rüsten – zeigte sich der frühere Außenminister Kissinger über einen „Sturm auf fatale, sich

selbst erfüllende Prophezeiungen" besorgt, der eines Tages vielleicht sogar zu einem „Endkampf" (Kissinger) zwischen den USA und China um die Weltherrschaft führen könnte (Welt am Sonntag v. 05.08.99).

Tatsächlich wohnt dem Konzept von Politik und Kriegführung, das den amerikanischen Globalismus seit ungefähr 70 Jahren trägt, die gefährliche Tendenz zu öffentlichen (Vor-) Verurteilungen inne, die sich dann auch um fast jeden Preis erfüllen müssen – auch um den Preis militärischer Auseinandersetzungen. Nicht selten genügt schon die Kampagne bestimmter Medien, Experten oder Politiker gegen vermeintliche oder tatsächliche „Schurken", um diesen verhängnisvollen Prozess in Gang zu setzen. Mögen solche Kampagnen in der Vergangenheit auch manchmal gerechtfertigt gewesen sein, so ist es doch nicht unbedingt Aufgabe der Vereinigten Staaten, öffentliche Brandmale zu verteilen und rücksichtslos auf isolierte Missetäter einzuschlagen, und zwar vor allem dann nicht, wenn es sich um Mächte von solchem Gewicht wie Russland oder China handelt.

Deshalb sollten die USA in Zukunft auf dem Verhandlungswege geduldig und diskret und in enger Abstimmung mit ihren europäischen Verbündeten nach konstruktiven Lösungen suchen, die es beiden Seiten erlaubt, ihr Gesicht zu wahren. Das heißt: Die USA sollten, solange sie sich in Eurasien bewegen, mehr als bisher aus den jahrhundertalten Erfahrungen der europäischen Mächte und Chinas lernen. Je mehr sie das tun, desto mehr wird allerdings auch die große „Fackel der Freiheit" (Roosevelt) erlöschen, die Amerika einst für Europa verkörpert hat, und die faszinierende Vision Wilsons und Roosevelts von einer einzigen neuen Welt, die amerikanische Prinzipien folgt, wird langsam aber sicher wie ein großer bunter Luftballon in sich zusammensinken. Aber selbst wenn der amerikanische Globalismus weiter so egoistisch voranmarschiert wie in den letzten Jahren, wird die atlantische Revolution eines Tages ihre Väter fressen. Denn dann werden sich die Vereinigten Staaten von Amerika in der Gesellschaft der Völker selbst isolieren, und das haben Wilson und Roosevelt ganz sicher nicht gewollt.

Dr. Dirk Bavendamm ist promovierter Historiker und gelernter Journalist. Autor des Buches "Roosevelts Krieg 1937-45 und das Rätsel von Pearl Harbor". Er ist Mitglied der SWG.

Vortrag gehalten am 13. Januar 2.000 vor der Münchner Winterakademie